

**V**om 13. - 18. 6. 1976 tagte an der Karl-Marx-Universität in Leipzig die multilaterale Problemkommission „Ökonomie und Politik der Entwicklungsländer“. Der erfolgreiche Verlauf der Tagung dieser Kommission, die 1974 durch einen gemeinsamen Beschluß der Akademien der Wissenschaften der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft gegründet wurde, war durch die aktive Teilnahme führender Vertreter aus dem Akademie- und Hochschulbereich der UdSSR, CSSR, VRP, UVB, RFR, VRB, Kubas und der DDR bestimmt.

Über 50 Delegierte aus den genannten Ländern trafen sich am 13. Juni im alten Senatssaal zur feierlichen Eröffnung und gleichzeitig zur ersten Beratung im Plenum. Der Rektor der Karl-Marx-Universität und Vorsitzender des Zentralen Rates für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften der DDR, Prof. Dr. sc. Lothar Rathmann, konnte in seinem Begrüßungsbericht in Anwesenheit des Sekretärs der Bezirksleitung der SED, Jochen Wimmer, des 1. Sekretärs der SED, Kreisleitung Karl-Marx-Universität, Manfred Weikert, sowie des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig, Dr. Karl-Heinz Müller, u. a. Repräsentanten staatlicher und gesellschaftlicher Leitung auf die bislang erfolgreiche Arbeit der Kommission verweisen. Diese Tagung wurde geprägt von den richtungweisenden Beschlüssen und Aussagen des XXV. Parteitag der KPdSU und des IX. Parteitages der SED.

Auf diese Aspekte ging Genosse Wimmer in seiner viel beachteten Ansprache ein. Er hob hervor, daß die Tatsache, daß die Karl-Marx-Universität Gastgeber dieser wichtigen Beratung sein konnte, eine Anerkennung ihrer wissenschaftlichen Leistungen und ihrer internationalen Kooperationsfähigkeit auf diesem Gebiet bedeutet. Zugleich betonte er, daß der IX. Parteitag der SED noch größere Aufgaben im Sinne der Verbindung von sozialistischem Patriotismus und proletarischem Internationalismus stellt, die es durch die Problemkommission mit den ihr wissenschaftlichen Mitteln zu realisieren gilt. Zugleich unterstrich er, daß die fundierte wissenschaftliche Unterbreitung eine wertvolle Hilfe für die praktische Gestaltung der Bündnisbeziehungen des Sozialismus zu den national befreiten Ländern einen wesentlichen Beitrag in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus darstellt.

Herliche Worte an die Teilnehmer richtete der Leipziger Oberbürgermeister. Er wünschte unseren ausländischen Gästen fruchtbare wissenschaftliche Diskussionen und einen angenehmen Aufenthalt in der



Leipziger Oberbürgermeister Dr. Karl-Heinz Müller spricht am ersten Beratungstag zu den Teilnehmern der Tagung. Er wünschte den Gästen aus den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft einen guten Verlauf der Beratungen.



Im Gremium waren führende Vertreter aus dem Akademie- und Hochschulbereich der UdSSR, der CSSR, der VR Polen, der Ungarischen VR, der SR Rumänien, der VR Bulgarien, Kubas sowie der DDR vertreten.

Fotos: HFBS/Malsberger

# Rege Diskussion und konkrete Beschlüsse

Festlegungen für 1977 getroffen / Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen DDR-Fachvertretern und den Delegierten der Bruderländer wurde gefördert

traditionsreichen und zugleich jungen sozialistischen Messemetropole Leipzig.

Der am ersten Konferenztag gegebene Bericht des Sekretärs der Problemkommission, Dr. K. M. Varenkov, konnte eine erfolgreiche Bilanz der Tätigkeit im Berichtszeitraum 1975/76 geben, in den 20 Arbeitsgruppen wurden mehr als 90 Projekte in multilateraler Zusammenarbeit in Angriff genommen und wesentliche Thematiken, so u. a. zur Planung in den Entwicklungsländern, abgeschlossen. Zugleich ging der Bericht über die bündelnde Darstellung des Geleisteten hinaus. Er vermittelte für die nachfolgenden Tage der Diskussion wertvolle Anregungen.

Mit besonderem Interesse wurde von allen Teilnehmern das Referat

von Prof. Dr. E. M. Primakov, Korrespondierendes Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und Vorsitzenden der multilateralen Problemkommission, zum Thema „Die Entwicklungsländer im Lichte des XXV. Parteitages der KPdSU“ aufgenommen. Prof. Dr. Primakov wies in eindrucksvoller Weise auf neue theoretische und praktische Aspekte der Bündnispolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft einerseits sowie des Stellenwertes der Entwicklungsländer in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus hin. Auf Grund dieser fundierten wissenschaftlichen Darlegungen wurde beschlossen, auf künftigen Tagungen der Problemkommission wiederum ein zentrales wissenschaftliches Thema in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen.

Die am folgenden Tag in den Unterkommissionen „Komplexprobleme“, „Afrika/Nahost“, „Asien“ und „Lateinamerika“ durchgeführten Beratungen waren der Konkretisierung und Beschlussfassung zum Thema „Die Entwicklungsländer im Lichte des XXV. Parteitages der KPdSU“ gewidmet. Kameradschaftliche Aussprachen und Einmütigkeit in den Auffassungen kennzeichneten die Diskussion. Besonders hervorzuheben ist, daß im Mittelpunkt dieser Aussprachen die Erfüllung der vom XXV. Parteitag der KPdSU, dem IX. Parteitags der SED und den Parteitagen unserer Bruderparteien gestellten Aufgaben für die wissenschaftliche Durchdringung der Entwicklungsproblematik standen. Unter diesen Aspekten spielten aber ebenso – und diese Fragen durchzogen die

Beratungen wie ein roter Faden – Probleme der Effektivierung unserer Arbeit eine große Rolle. Noch bessere Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kooperation zu finden, in der wissenschaftlichen Arbeit und ihren Ergebnissen höhere Stufen zu erreichen, vom Sammelband zu einer echt integrierten Forschung zu kommen – dieser Gedankenaustausch war eines der Hauptanliegen der Diskussion.

Dank der gemeinsamen Auffassungen der Delegierten oder der Vertreter der anwesenden sozialistischen Länder konnten in dieser Hinsicht konkrete Festlegungen bereits für das Jahr 1977 getroffen werden. Zeugnis davon legen die am Schlußtag einmütig unterzeichneten Protokolle ab. So konnte Prof. Dr. Primakov zu Recht feststellen, daß, getragen von den Beschlüssen unserer Parteien, in Leipzig eine erfolgreiche Arbeit geleistet wurde, die uns in die Lage versetzt, eben jenen wissenschaftsspezifischen Beitrag in der Erforschung der Entwicklungsproblematik zu leisten, der von den auf diesem Gebiet tätigen Wissenschaftlern erwartet und der von der Praxis dringend benötigt wird.

Gleichzeitig wurde die Tagung genutzt, um den Meinungsaustausch zwischen einzelnen Fachvertretern der Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften und den Delegierten unserer Bruderländer zu fördern. So wollten z. B. die Mitglieder der Unterkommission „Afrika/Nahost“ am 16. Juni als Gäste in den Räumlichkeiten der Sektion ANW und wurden mit der Arbeit in Erziehung und Forschung bekannt gemacht. Dabei erfuhr insbesondere auch die Ausgestaltung der Sektion über ihre Publikationen zwischen dem VIII. und IX. Parteitag der SED reges Interesse und hohe Anerkennung durch unsere Gäste.

Als ein Höhepunkt der Tagung gestaltete sich der Empfang des Solidaritätskomitees der DDR, auf dem nochmals in eindrucksvoller Weise die Verbindung von politischem Anliegen und wissenschaftlicher Forschung demonstriert wurde. Der Stellvertretende Generalsekretär, Dr. H. Scharf, brachte gerade diese Gedanken zum Ausdruck und wies auf die Unterstützung hin, die die Entwicklungslandsforschung den jungen Nationalstaaten gibt.

Die nächste Tagung der Problemkommission wird in Budapest stattfinden. Wir sind gewiß, daß die getroffenen Vereinbarungen speziell auch durch den Willen der an der KMU Tätigen, einen hohen Beitrag zu leisten, mit Leben erfüllt werden können, was uns mit Stolz erfüllt und uns zugleich Verpflichtung gegenüber unserer Partei, den Genossen aus der UdSSR und aus den anderen sozialistischen Bruderländern ist.

Prof. Dr. Manfred Voigt  
Dr. Horst Klausung



## Der nationaldemokratische Staat in Asien und Afrika

Eine staatsrechtliche und staatsrechtliche Studie

In dem vorliegenden Band, der kürzlich im Staatsverlag erschienen ist, werden von den Autoren Prof. Dr. Gerhard Brehme, der auch die Gesamtedition besorgte, Dr. Klaus Hütschneuther, Dr. Ingo Schönfelder und Dr. Herbert Baumann sowie Dr. Helmut Marek auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie wesentliche theoretische und praktische Probleme der Staatlichkeit in afro-asiatischen Ländern, die den nichtkapitalistischen Weg bereits beschritten haben, dargestellt. Das Buch umfaßt vier Kapitel: 1: Nichtkapitalistische Entwicklung und Staatmacht; 2: Partei und Staat; 3: Der Staatmechanismus des nationaldemokratischen Staates und 4: Die Funktionen des nationaldemokratischen Staates. Dem Band ist eine umfangreiche Quellenangabe beigefügt.

Im Vorwort heißt es u. a. z. „... Die vorliegende Arbeit verfolgt den Zweck, zu einem der wichtigsten Forschungsgebiete, der Frage des Staates in der nichtkapitalistischen Entwicklung, einen Beitrag zu leisten. Nachdem die Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 die Lösung von der nichtkapitalistischen Entwicklung als strategische Orientierung für die Weiterentwicklung der nationalen Befreiungsrevolutionen formuliert hatte, entfaltet sich unter den marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftlern, insbesondere den sowjetischen Wissenschaftlern, eine lebhaft und fruchtbare Diskussion über die Grundfragen der nichtkapitalistischen Entwicklung. Aber während zu den Problemen der ökonomischen und sozialen Umgestaltung sowie des nationalen und internationalen Klassenkampfes heute bereits eine umfangreiche und kaum noch zu überschende Literatur existiert, sind zur Frage des Staates, seines Charakters, seiner Aufgaben und Funktionen, seiner Organisationsformen, und der staatsrechtlichen Regelung bisher vergleichsweise wenige selbständige Arbeiten erschienen.“

Eine erste Gruppe von Arbeitern beschäftigte sich, ausgehend von der Moskauer Beratung 1960, mit der dort skizzierten Konzeption vom sogenannten Staat der nationalen Demokratie.

In den folgenden Jahren wandte sich eine Reihe von Autoren den Fragen des Staates in der nichtkapitalistischen Entwicklung zu bzw. verband die Konzeption von der nationalen Demokratie mit der von nichtkapitalistischen Entwicklungsweg. Auch in der Deutschen Demokratischen Republik ist eine größere Anzahl von Artikeln zu dieser Problematik erschienen. Schließlich finden sich kurze Darstellungen des Problems auch in Lehrbüchern der allgemeinen Theorie des Staates und des Rechts, des Staatsrechts der betroffenen Länder oder in einzelnen Monographien. In diesen Arbeiten sowie in zahlreichen Publikationen, die im allgemeinen der Problematik der nichtkapitalistischen Entwicklung gewidmet sind, wurden bereits wertvolle Erkenntnisse über die Gesetzmäßigkeiten und Formen der staatlichen Entwicklung gewonnen und der Grundstein für eine allgemeine marxistisch-leninistische Theorie des Staates in der nichtkapitalistischen Entwicklung gelegt. Darauf konnte bei dem vorliegenden Versuch, einige Probleme der Staatlichkeit in der nichtkapitalistischen Entwicklung darzustellen, aufgebaut werden...“



Der Ministerrat der DDR trifft in seinem „Beschluss über die Verbesserung der Rechtsarbeit in der Volkswirtschaft“ vom 13. 6. 1974 (GBL I/S. 313) die Feststellung, daß „die konsequente Durchsetzung der Rechtsvorschriften, die Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit, Ordnung und Sicherheit sowie die Weiterentwicklung des sozialistischen Rechts als politisches Machtinstrument der Arbeiterklasse bedeutsame Aufgaben der staatlichen Leitung in allen gesellschaftlichen Bereichen (sind)“.

Damit ist auch unsere Karl-Marx-Universität als eine staatliche Einrichtung im allgemeinen und ihre Sektion Rechtswissenschaft insbesondere angesprochen und im Sinne des genannten Beschlusses rechtlich verpflichtet. Wenn auch die Aufgaben der Sektion Rechtswissenschaft, wie auch die aller anderen Sektionen und Institute, hauptsächlich im theoretischen Bereich liegen, so bestehen andererseits natürlich umfassende Kontakte zur sozialistischen Praxis. So auch zu den örtlichen Staatsorganen, dem Rat des Bezirkes und dem Rat der Stadt. Auf der Grundlage dieser Praxisverbindung leistete unsere Sektion im Studienjahr 1975/76 einen Beitrag zur Erhöhung der Wirksamkeit des sozialistischen Rechts auf dem Gebiet der sozialistischen Landeskultur und trug damit auch zur Verwirklichung des Ministerratsbeschlusses bei.

Nach der Schaffung eines Ratsbereichs „Umweltschutz und Wasserwirtschaft“ beim Rat der Stadt Leipzig wurden in dessen Auftrag und zum Nutzen von Lehre und Forschung an der Sektion von den Studenten des 2. Studienjahres in 20 ausgewählten Betrieben der Stadt Untersuchungen über die Verwirklichung landeskultureller Rechtsvorschriften durchgeführt. Das wohl wesentlichste Ergebnis dieses als Jugendobjekt ausgewiesenen Vorhabens, so schützten die beteiligten Studenten selbst ein, besteht in seinem persönlichkeitsbildenden Wert. So äußerte der Student Manfred Kehrberg in diesem Zusammenhang:

„Diese Arbeit hat uns viel Freude gemacht. Sie gewährte uns einen wertvollen Einblick in die sozialistische Praxis und führte uns direkt mit Arbeitern des VEB Energiekombinat West zusammen. Dieser Kontakt mit der Arbeiterklasse ist eine wichtige Ergänzung unseres Studiums und trägt wesentlich zur Persönlichkeitsbildung bei.“

Andere Studenten hoben in ihrer Stellungnahme hervor, daß sie durch ihre Tätigkeit im Produktionsbetrieb nicht nur Produktionsabläufe, sondern auch die Stellung des Betriebs im System unserer Volkswirtschaft kennenlernten und an Ort und Stelle erkannten, wie das Sozialprogramm von Partei und Regierung verwirklicht wird. In

## Rat der Stadt und KMU-Partner bei der Erhöhung der Wirksamkeit des Rechtes der sozialistischen Landeskultur

Zweiter Teil der UZ-Serie von Dr. Günter Boccarius, Sektion Rechtswissenschaft

Aussprachen mit Bürgern in den Wohngebieten und Arbeitern in den Betrieben hätten sie Gelegenheit gehabt, unser sozialistisches Recht zu propagieren. Damit sind sie unmittelbar in Verwirklichung des Rechtsarbeitsbeschlusses des Ministerrates tätig geworden. Bei diesen Aussprachen habe sich ihr parteiliches Auftreten und ihr Argumentationsvermögen entwickelt.

Nicht weniger wichtig waren die Untersuchungsergebnisse für die Leitungstätigkeit der örtlichen Staatsorgane und der untersuchten Betriebe selbst. Im Verlaufe einer Studentenkonferenz, die mit dem Ziel der Verteidigung der Untersuchungsergebnisse der Studentenkollektive vor den Praxisvertretern durchgeführt wurde, erklärte der anwesende Mitarbeiter des Rates der Stadt, daß die zuständige Fachabteilung des Rates durch die Analyse über die Anwendung landeskultureller Rechtsvorschriften noch besser in der Lage ist, der ihr obliegenden Verantwortung gerecht zu werden.

Auch für die Hygieneinspektion beim Rat des Bezirkes brachte die Analyse eine Reihe neuer und für deren Arbeit wichtiger Erkenntnisse. Das gilt u. a. für die Vertiefung der Zusammenarbeit sowie für die Sicherung ihrer Einhaltung durch die Anwendung der in den entsprechenden Rechtsvorschriften vorgesehenen Sanktionen.

Von den meisten Betrieben wurde der Wert der Analyse vor allem in der rechtspropagandistischen Arbeit der Studenten gesehen. Sie wiesen aber auch verschiedentlich auf in der Praxis noch bestehende Rechtsvorschriften hin. Im Verlaufe ihrer Tätigkeit in den Betrieben konnten verschiedene Studentenkollektive auch sofort wirksame Ergebnisse erzielen. So wurde z. B. in einem Kraftfahrzeugpark eine Abmessung an den Fahrzeugen von den Studenten vorbereitet und mit den entsprechenden Fachleuten durchgeführt, in einigen Betrieben wurde auf die Eingabebearbeitung eingewirkt und in einem Fall ein Neuerworschlag eingereicht. In Einzelfällen gelang es auch, Brigaden zu veranlassen, landeskulturelle Aufgaben in ihr Wettbewerbsprogramm aufzunehmen.

Neben ihrem vielfältigen praktischen Wert gibt die Analyse der Verwirklichung landeskultureller Rechtsvorschriften Hinweise und Anregungen für die Vorbereitung einer Lehrveranstaltung „Recht der sozialistischen Landeskultur“, die im neuen Studienplan „Rechtswissenschaft“ erstmals vorgesehen wurde. So kann abschließend festgestellt werden, daß die Zusammenarbeit von Territorium und Universität einen großen Nutzen für alle beteiligten Partner ermöglicht.